




---

# Streitgespräch



# Im Gespräch mit Hedwig Richter und Wolfgang Schäuble (†)

## Kann Demokratie Nachhaltigkeit?

 Dr. **Hedwig Richter** ist Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität der Bundeswehr München.

 Dr. **Wolfgang Schäuble** (1942–2023) war zuletzt Präsident des Deutschen Bundestages.

*Das Interview haben Anne Käfer und André Munzinger Anfang September 2023 geführt. Es ist gezielt über die aktuelle Tagespolitik hinaus ausgerichtet. Wir freuen uns, dass wir auf diesem Wege Werk und Leben von Dr. Wolfgang Schäuble würdigen können.*

**Käfer** Im Blick auf die Zukunft ist es nötig, vor allem auch das Verhältnis von Demokratie und Nachhaltigkeit zu reflektieren. Über dieses Verhältnis möchten wir Sie beide, liebe Frau Richter, lieber Herr Schäuble, miteinander ins Gespräch bringen. Was sie beide miteinander verbindet, ist ihre Herkunft aus Baden-Württemberg und ihre evangelische Konfession. Ob Sie aber wohl unterschiedliche Ansichten über unsere Zukunft, unsere Demokratie und über Fragen eines nachhaltigen Lebenswandels vertreten?

**Munzinger** Ein Sommer [2023] mit extremem Wetter geht vorbei. Wie haben Sie diesen Sommer erlebt, Frau Richter?

**Richter** Ich muss sagen, dass ich vor allem angesichts der Klimakrise, aber auch angesichts rechtsradikaler Strömungen, meinen Optimismus ein bisschen verliere. Und ich denke, dass wir uns in einer wirklich neuen Singularität befinden. Ich habe bisher immer diese Krisendiskurse relativiert, und ich denke auch, dass Demokratie sich nach wie vor nicht in einer außerordentlichen Krise befindet. Vielmehr ist Demokratie immer in der Krise. Und wenn man die Demokratie-Krisendiskurse vergleicht, ähneln die sich sehr. In den 50er Jahren etwa waren Rechtsextremismus oder Antisemitismus nicht weniger stark als heute.

**KLIMAKRISE** | Was ich heute als neue Singularität bezeichnen würde, ist eben die Klimakrise, die noch einmal eine ganz andere Krise ist als jene, die die Menschen bisher bewältigt haben, etwa das Problem des Hungers oder die Angst



vor dem Atomkrieg. Denn die Zeit läuft uns davon. Und es ist eine Krise, die kumuliert. Also die Probleme bestärken sich gegenseitig. Und für mich ist momentan die große Frage, ob sich der Klimawandel so beschleunigen wird, dass er der Demokratie den Boden entzieht. Ich halte die Demokratie an sich für resilient. Die repräsentative Demokratie ist eine sehr kluge Staatsform, die sich innerhalb von 200 Jahren mit vielen Auf und Abs entwickelt hat, mit einem sehr komplexen, austarierten Institutionengefüge. Wenn die Demokratie in Gefahr ist, dann tatsächlich durch einen ungebremsten Klimawandel. In diesem Sommer ist mir das noch mal deutlich geworden, wie sehr Demokratie davon abhängig ist, dass wir die Klimafrage in den Griff bekommen.

**Munzinger** Herr Schäuble, wie haben Sie den Sommer erlebt?

**Schäuble** Was das Klima anbetrifft, war ich schon nicht mehr richtig überrascht, denn ich habe die letzten Jahre zunehmend den Eindruck gewonnen, dass auch diejenigen, die lange vor den ökologischen Zuspitzungen gewarnt haben, das Tempo, in dem es sich nun beschleunigt, unterschätzt haben. Doch der Wandel des Klimas ist nur das eine. Der Verlust an Artenvielfalt ist mindestens genauso schlimm. Und was wir auf dem Meeresgrund treiben, wollten wir wohl auch lange nicht wissen. Es wird nun alles sichtbarer – und in dieser Krise liegt zugleich die Chance, dass wir alle, die es lange nicht sehen wollten, nun den Wandel hin zu klimafreundlichen Technologien vorantreiben.

**KRIEG** | Was mich aktuell aber noch mehr besorgt, ist die Rückkehr des Krieges nach Europa. Das ist eine Katastrophe, und wir haben nicht geglaubt, dass das in Europa noch denkbar wäre. Zudem bereitet mir die rückläufige Akzeptanz der Demokratie in der Gesellschaft der westlichen Länder Sorgen. Das ist aber nicht allein ein deutsches Problem. Wir erheben uns moralisch immer noch ein bisschen über Polen oder Ungarn und übersehen dabei gelegentlich, dass die freiheitlich-demokratische Ordnung fast überall in Europa, nicht nur in Deutschland, auch in Österreich, in Frankreich, in Italien, in den Beneluxländern, in Skandinavien unter Druck ist. Amerika hat sich unter Joe Biden stabilisiert, ist aber innerhalb der Bevölkerung und in seinen demokratischen Institutionen nach wie vor stark polarisiert. Das Zutrauen der Menschen in die Grundlagen repräsentativer Demokratie, da stimme ich völlig mit Frau Richter überein, schwindet. Und ohne das funktioniert Demokratie nicht. Eine richtig gute Antwort, wie wir das wieder einfangen können, habe ich noch nicht. Das hat mich im Sommer fast noch mehr beschäftigt.

**Käfer** Frau Richter, haben Sie eine Idee, wie die Demokratie den genannten Krisen begegnen kann?

**Richter** Die Demokratie lebt wesentlich von Vertrauen. Insofern muss man das



sinkende Vertrauen ernst nehmen. Trotzdem glaube ich nicht, dass mangelndes Vertrauen das entscheidende Problem ist.

**VERTRAUEN** | Das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie beginnt schon in den 1960er und 70er Jahren zu sinken. Das ist auch ein Ausdruck des Mündig-Werdens. Die Gesellschaften haben sich wegentwickelt von der autoritätsgläubigen Gesellschaft – nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen westlichen Ländern. Und in den 70er Jahren, als die Bürgerrechtsbewegungen dazu aufrufen, mehr Demokratie zu wagen, werden die Menschen kritischer und sehen das Funktionieren der Demokratie kritischer. Doch muss man diese kritische Sicht auf das Funktionieren der Demokratie unterscheiden von den Umfrageergebnissen, die zeigen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die Demokratie für die richtige Staatsform hält.

Im Blick auf das Problem der Klimakrise würde ich sagen, dass unsere Demokratien eigentlich gut gerüstet sind. Entscheidend ist nämlich, dass wir eine repräsentative Demokratie haben und dass die gewählten Vertreter und Vertreterinnen auch Maßnahmen umsetzen können, die unbeliebt sind. Was mich momentan allerdings ein bisschen entsetzt, ist, wie wenig die Regierung auf den Weg bringt. Das mit dem Heizungsgesetz war ein fatales Zeichen. Aufgrund populistischer Angriffe gegen eine ausgezeichnete Technik und einer intensiven Kampagne gegen die Grünen wurde schließlich ein Gesetz verabschiedet, das dem Pariser Abkommen nicht mehr gerecht wird. Und dieses Abkommen halten manche für die letzte Chance, dass wir das Klima global in den Griff bekommen. Es ist für mich dabei absolut rätselhaft, wie verantwortungslos die FDP agiert. Das ist das eine. Und dann finde ich problematisch, dass Kanzler Scholz tatsächlich sagt, jede Klimamaßnahme müsse theoretisch von einem Plebiszit getragen sein. Das ist von ihm natürlich eine Reaktion auf den Vorwurf, dass da eine abgehobene grüne Elite Umweltmaßnahmen durchsetze. Doch wir leben in einer repräsentativen Demokratie, in der Regierungen direkt in der Verantwortung sind und selbstverständlich auch unbeliebte Maßnahmen durchsetzen müssen.

**Käfer** Aber dann werden diese Regierungen womöglich nicht wieder gewählt werden. Herr Schäuble, wie sehen Sie das? Muss mehr durchgesetzt werden?

**Schäuble** Um Maßnahmen durchzusetzen, die nicht gleich zu Beginn auf Gegenliebe stoßen, bedarf es einer klaren Richtung, nachvollziehbarer Kommunikation und politischer Führung. Dann kann man Frau Richters Aussage, die zunächst widersprüchlich klingt, auch einordnen, denn sie hat am Anfang gesagt, es sei doch ganz gut, dass die Bürger mündiger werden und dass sie nicht mehr so autoritätsgläubig sind, wie sie es früher waren. Zugleich jedoch sollte die gewählte Regierung Verantwortung übernehmen und Maßnahmen durchsetzen. Allerdings stimme ich dann mit Frau Richter völlig überein, dass die Äußerung von Herrn Scholz sicherlich auch eher missverständlich war. Wenn jede Maß-



nahme die Mehrheit einer Volksabstimmung, Volksbefragung voraussetzen soll, dann kann man es gleich aufgeben. Denn dass wir mit einer plebiszitären Demokratie keine Stabilität schaffen, ist klar. Zudem haben wir in Folge der letzten Bundestagswahl Mehrheitsverhältnisse, die Streit nicht mehr notwendigerweise als konstruktiven demokratischen Prozess zum Ausdruck bringen. Deswegen steckt das Problem doch ein bisschen mehr darin, dass das Vertrauen in politische Prozesse und die Durchsetzung des Rechtsstaats weiter gesunken ist. Und ohne Vertrauen funktioniert die freiheitliche Demokratie nicht.

Die Alternative dazu ist, dass man es mit Druck macht. Das ist immer die große Alternative – seit mehr als zweitausend Jahren. Es ist wichtig, dass wir uns dies in unseren öffentlichen Debatten klarmachen. Wir müssen diejenigen, die wir beauftragen, denen wir das Vertrauen geben, entscheiden lassen können. Das ist Teil unserer repräsentativen Demokratie.

**GEWÖHNUNG** | Es gibt von Michel Friedman das Buch *Schlaraffenland abgebrannt*. Seine These, dass es uns vielleicht 70 Jahre lang zu gut gegangen ist und dass wir vieles für selbstverständlich gehalten haben, daran ist viel richtig. Und deswegen glaube ich ja als der Finanzminister, dem man mangelnde Kreativität deswegen unterstellte, weil ihm außer der „Schwarzen Null“ offenbar nichts eingefallen ist: Wir Menschen müssen begreifen, dass alles nur begrenzt verfügbar ist und dass wir zum Beispiel nicht davon ausgehen können, jedes soziale Problem dadurch zu lösen, dass der Staat mehr Hilfen dafür leistet, mehr Subventionen gibt und alles ausgleicht. Nein, es ist alles nur begrenzt. Und wir sollten begreifen, dass Grenzen die Voraussetzungen für Freiheit sind.

Übrigens Grenzen bestimmen auch die Werthaltigkeit. Was unbegrenzt verfügbar ist, ist nichts wert. Und diesen Irrtum des unbegrenzt Verfügbaren haben wir genährt in 70 Jahren steigendem Wohlstand und sozialer Sicherheit und auch völlig unbestreitbarer außenpolitischer Sicherheit. Beides, den Umgang mit knapper werdenden Ressourcen und eine europäische Sicherheitsordnung, die diesen Namen auch verdient, müssen wir wieder lernen. Und Menschen auf Zeit in die Verantwortung setzen, dies zu exekutieren.

**Munzinger** Wir sind bei einem wichtigen Thema für unsere Zeitschrift, der Frage nach unserem Menschenbild. Frau Richter, welches Menschenbild teilen Sie? Gibt es eine Gewöhnung an zu viel Luxus? Und wie gehen wir mit der Angst um, die die Menschen umtreibt, dass sie sich unverhältnismäßig einschränken müssen?

**Richter** Ich finde sehr überzeugend, was die Menschenrechtshistorikerin Lynn Hunt sagt oder auch Richard Rorty. Sie betonen beide, wie wichtig für das Gutsein des Menschen Sicherheit und ein gewisser Wohlstand sind. Und das lässt sich in der Geschichte gut beobachten. Die Massendemokratisierung am Ende des 19. Jahrhunderts geht Hand in Hand mit dem Anstieg der Reallöhne, auch



der einfachsten Klassen. Menschen können sich Zeit für Politik nehmen, wenn es einen gewissen Wohlstand gibt. Und Menschen können Mitleid entwickeln. Das zeigt Lynn Hunt sehr beeindruckend für das 18. Jahrhundert. Wenn Sie in einer gewissen Sicherheit leben, gibt es auch die Möglichkeit, Gefühle der Empathie und des Respekts für andere zu entwickeln.

**WOHLSTAND** | Für die Demokratieggeschichte ist diese Fortschritts-geschichte sehr wichtig, die momentan verständlicherweise eher kritisch gese-hen wird. Dass Menschen mehr Möglichkeiten haben, als sich nur um das nackte Überleben zu kümmern, dass sie mehr zur Verfügung haben und konsumieren können, das ist ein wichtiger Teil unserer Freiheit.

Wir leben in einem großen Wohlstand, der Menschen ermöglicht, über ihren eigenen Kreis hinauszuschauen und gut zu sein. Dass die Sicherheit so groß ist, dass Menschen mit Zumutungen umgehen können, darin würde ich Herrn Schäuble zustimmen. Aber etwas ist gekippt. Aus dem Existenzminimum ist so-zusagen ein Existenzmaximum geworden. Wir müssen anfangen zu verstehen, dass der Wohlstand nicht immer weiterwachsen muss oder sich jedenfalls so än-dern muss, dass er nicht weiter zerstört. Und vieles spricht dafür, dass das möglich ist, weil die Ausgangslage ausgesprochen gut ist. Unsere Gesellschaften könnten mit großer Wahrscheinlichkeit damit umgehen, wenn der Wohlstand abnimmt.

**ZUMUTUNGEN** | Das Interessante fand ich in den letzten zwei Jahren, dass nach Kriegsbeginn [24.02.2022], als Robert Habeck sagte, wir werden nicht mehr in steigendem Wohlstand leben, es wird womöglich sogar weniger Wohlstand geben, ihm das nicht geschadet hat. Ich wundere mich, dass die Politik ange-sichts der Gefahren, in denen wir uns befinden, nicht viel mutiger ist und sagt: „Wir sind jetzt auf vier Jahre gewählt, wir nehmen das jetzt an und wir sagen den Menschen, es werden ganz große Zumutungen kommen.“

Das ist ja beispielsweise bemerkenswert, dass eine große Mehrheit bereit ist, auf einiges zu verzichten, um die Ukraine zu unterstützen. Warum nutzen wir das nicht für die Klimatransformationen? Die Menschen sagen in allen Umfra-gen, dass sie wissen, wie drängend die Klimakrise ist.

Politik sollte daher entschiedener vorgehen, um die ökologische Transfor-mation umzusetzen – und ihr Vorgehen klar und ehrlich kommunizieren. Dazu gehört eine gute Sozialpolitik, um die Ärmsten mitzunehmen. Und selbstver-ständlich müsste man die Reichen mehr in die Pflicht nehmen; wir können uns diese niedrigen Steuersätze für sehr Wohlhabende nicht mehr leisten. Das war in den Zeiten des allgemeinen Wohlstands und ohne die drängende Zeit für Klima-maßnahmen anders. Heute brauchen wir einfach diese Ressourcen.

Also wenn die Politik entschieden vorgeht, dann kann das wohl funktionieren. Allerdings ist auch klar: Es kann total schiefgehen, womöglich kriegen wir die ökologischen Transformationen nicht hin. Doch ich bin überzeugt, die repräsen-tative Demokratie ist eigentlich die Ordnung, die das managen und moderieren und umsetzen könnte.



**Munzinger** Herr Schäuble, Wie sehen Sie das? Wie kann man mit der starken Stimmungslastigkeit, die im Populismus momentan bedient wird, umgehen? Wie würden Sie das von Ihrem Menschenbild, aber vielleicht auch von Ihrem Politikverständnis her beantworten?

**Schäuble** Ich würde zunächst sagen, für mich ist das Menschenbild vor allen Dingen im Blick auf diese Debatte dadurch bestimmt, dass wir Menschen – das ist ja, glaube ich, auch sehr protestantisch – zum Guten veranlagt sind. Wir können Großartiges leisten, in jeder Beziehung, nicht nur wissenschaftlich, sondern auch menschlich. Aber wir sind zugleich auch zum Allerschlimmsten fähig. Es gibt kaum ein Volk, das das besser weiß als wir Deutsche.

**MENSCHENBILD** | Das ist die Doppelnatur des Menschen. Deswegen sind wir auch erlösungsbedürftig, aber erlösen können wir uns nicht selbst. Es ist der Grundirrtum der grünen Ideologie, dass der Mensch im Irdischen erlöst werden kann. Das glaube ich als ganz hausbackener Protestant nicht. Zudem sollten wir uns immer wieder darüber klar sein: Es ist alles begrenzt und es gewinnt durch die Grenzen überhaupt nur seinen Wert. Alles – ich habe es vorher gesagt –, was im Überfluss vorhanden ist, taugt nichts.

Dies gilt auch für die freiheitlich rechtsstaatliche Demokratie. Wir haben sie als so selbstverständlich wahrgenommen, dass wir gar nicht mehr spürten, dass sie gefährdet sein kann, dass ihre Grundlagen dabei verlorengehen. Frau Richter hat angesprochen, was Politik zu leisten imstande sein kann, aber: Die entsprechenden Abgeordneten müssen auch gewählt und möchten in der Regel wiedergewählt werden. Selbst der französische Präsident Emmanuel Macron hatte in seiner ersten Periode eine absolute Mehrheit in der Assemblée. Nur die Umsetzung seiner zweifellos großen Ideen ist zum Teil am Protest der Straße gescheitert.

Auch wir haben ja in unserer „realen“ Demokratie das permanente Plebiszit, das in der öffentlichen Meinung, in der öffentlichen Debatte jeden Tag, bis in die Parteien, in die Fraktionen hineinwirkt. Und da das so ist, ist die Verantwortung verantwortungsbewusst politisch Handelnder umso größer, den Menschen auch zu sagen, dass nicht alles gleichermaßen geht. Die Schuldenbremse ist eben nicht ein Mangel an Innovationskraft, sondern ist die Entsprechung dieser Annahme.

**KOMMUNIKATION** | Hinzu kommt, dass unsere öffentliche Debatte unterdessen immer mehr, immer stärker durch die Entwicklung der neuen Kommunikationstechnologien getrieben wird. Ein Interview, eine Meinungsverschiedenheit wird, noch gar nicht beendet, sofort in den Sozialen Medien vervielfältigt, interpretiert und kommentiert. Da tut man als Verantwortlicher gut daran, genau zu wägen, wie stark man auf dieses System einzahlen möchte.

**MAßHALTEN** | Und deswegen noch einmal mein Rat an uns alle: Nicht ständig nur über Probleme reden, sondern darüber, was wir konkret machen können. Am Ende steht immer der Ausgleich, also die Suche nach Maß und





Mitte. Sie ist entscheidend, um die freiheitliche Ordnung stabil zu halten. Oder wie es am Apollotempel in Delphi steht: „Nichts im Übermaß!“ Dafür steht die CDU.

**Käfer** Danke, Herr Schäuble. Sie haben zu Beginn gesagt, Sie seien froh, dass Sie nicht mehr ganz so viel mitmischen müssen, weil derzeit doch vieles im Argen liegt. Wie gehen Sie selbst denn als Protestant, als evangelischer Christenmensch angesichts der Herausforderungen der Gegenwart in die Zukunft?

**Schäuble** Ohne Hoffnung kann der Mensch nicht leben. Doch er weiß wohl, dass er sterben muss. Wenn Sie älter werden, lernen Sie mühsam, dass das nicht etwas Abstraktes ist, sondern etwas zunehmend Konkretes. Und deswegen ist es mit Glauben, Liebe und Hoffnung, die im 1. Korintherbrief genannt werden, gar nicht so falsch. Ohne Hoffnung kann der Mensch nicht leben, und Optimismus ist Pflicht. Ohne Grenzen, auch ohne das Wissen um Grenzen kann er ebenfalls nicht leben. Und woraus nehme ich jetzt meine Zuversicht?

**HOFFNUNG** | Wir haben schon andere Probleme überlebt und schwierigere Zeiten. Natürlich entwickelt sich der Klimawandel viel schneller als es sogar die Wissenschaft für möglich gehalten hat. Diese Dimension macht mir auch Sorgen. Aber vielleicht übertreiben wir es auch mit unseren Ängsten vor der Zukunft. Ich werbe dafür, immer ein bisschen daran zu denken, Maß und Mitte zu suchen und dann die Hoffnung nicht aufzugeben.

Und im Übrigen, stehen wir unter Druck, werden wir Menschen ja besser. Krisen sind Chancen.

**Käfer** Wie sieht es bei Ihnen aus, Frau Richter? Wie gehen Sie in die Zukunft als evangelische Christin?

**Richter** Mir ist mein evangelischer Glaube in die Wiege gelegt worden. Auch ich will Glaube, Liebe und Hoffnung nennen. Und die Hoffnung ist wirklich entscheidend. Als Bürgerin gibt es mir Hoffnung, dass Menschen einfach kein Interesse daran haben, zugrunde zu gehen.

**ZEITDRUCK** | Aber ich will trotzdem sagen, dass ich so kritisch bin und auch so pessimistisch, wie ich es bisher noch nie gewesen bin. Ich sehe hier eine ganz neue Singularität. Ein wesentlicher Faktor dieser Singularität ist der Zeitdruck. Alle anderen Probleme, die wir hatten, auch die, die Sie angesprochen haben, Herr Schäuble, da war jeder Tag, der ins Land zog, ein Gewinn: jeder Tag an dem die Katastrophe nicht eingetreten ist, kein apokalyptisches Atomunglück oder kein neuer Weltkrieg. Auch das Problem der Armut lässt sich nach und nach bekämpfen. Der Hunger in der Welt, all die großen Probleme ließen sich mit Geduld und Klugheit und Zeit lösen. Die Menschheit ist da erstaunlich weit gekommen. Doch heute ist jeder Tag, an dem zu wenig passiert, also nicht



nur der, an dem nichts, sondern der, an dem zu wenig passiert, ein massives Problem. Und ein solcher Tag verstärkt noch mal das Problem und erhöht den Zeitdruck noch mehr.

Aber ich will mit einem positiven Ausblick enden. Ich will noch mal betonen: Ich glaube, dass unsere Demokratien das Potential und die besondere Kompetenz zur Problemlösung haben. Und da finde ich den Blick auf die Geschichte der Demokratie hilfreich. Das ist eben nicht die Geschichte rein von Revolutionen und von Plebisziten und von Volksermächtigung, sondern es ist auch eine Geschichte der klugen Reformen – und eine Geschichte der Bürgerlichkeit. Und Bürgerlichkeit ist genau das, was Herr Schäuble gesagt hat: Maßhalten, Zumutungen ertragen, Selbstbeschränkung.

**VERANTWORTUNG** | Wir sollten stärker daran denken. Das wäre auch die Verantwortung der Medien und der Politik, deutlich zu sagen, Demokratie kann auch bedeuten, dass wir uns selbst beschränken. Unsere liberale Demokratie bedeutet eben nicht, dass die Populisten die Vormacht haben, sondern dass wir ein stark eingeschränktes, kompliziertes System haben, das in der Lage ist, auf komplexe Anforderungen zu reagieren. Deswegen hat sich ja unsere Demokratie in modernen Gesellschaften entwickelt, nicht als eine einfache, klare Antwort, sondern als eine komplizierte Antwort auf die Komplexität von modernen Gesellschaften. Und wir sollten vielleicht den Begriff von Bürgerlichkeit ernster nehmen, der dafürsteht, Verantwortung zu übernehmen. Dass Bürgerlichkeit eben auch bedeutet, ich führe mein Leben so, dass ich damit nicht den Planeten zerstöre, so wie eine anständige Bürgerin wählen geht und Steuern bezahlt – eben das tun, was der Republik nicht schadet, sondern nutzt. Dann denke ich, dass es durchaus gut gehen kann.

**Käfer & Munzinger** Vielen Dank für das Gespräch!